

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 99. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 30. Januar 2020

1. Abgeordnete

**Benedikt Oster,
Alexander Schweitzer,
Giorgina Kazungu-Haß,
Dr. Katrin Rehak-Nitsche,
Lothar Rommelfanger,
Ingeborg Sahler-Fesel,
Wolfgang Schwarz und
Sven Teuber (SPD)**

Stärkung des deutsch-französischen Grenzverkehrs

Ein guter grenzüberschreitender regionaler Zugverkehr zwischen Deutschland und Frankreich ist für Rheinland-Pfalz von enormer Bedeutung. Eine von Ministerpräsidentin Malu Dreyer sowie Vertretern der Région Grand Est und Vertretern aus dem Saarland und Baden-Württemberg am 24. Januar 2020 unterzeichnete Vereinbarung soll einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des Schienenverkehrs in der Grenzregion leisten. Das von zahlreichen Akteuren der Partnerländer gemeinschaftlich vorangetriebene Projekt besteht aus einer Reihe komplexer Maßnahmen, wie etwa der gemeinsamen Entwicklung eines den Standards beider Länder genügenden Schienenfahrzeugs.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Inhalt hat die jüngst unterzeichnete Vereinbarung?
2. Wie bewertet die Landesregierung die bisher in diesem Kontext unternommenen Maßnahmen zur Stärkung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Frankreich?
3. Welche Details zur konkreten Ausgestaltung der Verkehre sind bekannt und wie sollen diese sich perspektivisch weiterentwickeln?

2. Abgeordnete

**Michael Wäschenbach
und Hedi Thelen (CDU)**

Weniger Absolventinnen und Absolventen in den Pflegeberufen

Nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes vom 10. Januar 2020 schlossen im Jahr 2019 in Rheinland-Pfalz 5,6 Prozent weniger junge Menschen eine Pflegeausbildung ab als im Vorjahr. Insbesondere sank die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in der Gesundheits- und Krankenpflege (minus 13 Prozent). Der zwischen 2014 und 2019 aufgetretene Zuwachs der Zahl der Nachwuchskräfte sei im Wesentlichen auf die Zunahme der Absolventenzahl zwischen 2014 und 2017 zurückzuführen. In den nachfolgenden Jahren sei diese um 11 Prozent gesunken.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie den vom Statistischen Landesamt jetzt gemeldeten Rückgang der Zahl der Absolventinnen und Absolventen in den Pflegeberufen hinsichtlich ihrer Bedeutung für die zukünftige Personalsituation in der Pflege?
2. Inwieweit ist eine Entwicklung zu befürchten, die einen Zuwachs der Schülerzahlen in der Pflege künftig infrage stellt?
3. Inwieweit hält die Landesregierung vor diesem Hintergrund ihre Aussage aufrecht, das Land sei bei „der Fachkräftesicherung und der Stärkung der Pflegeberufe [...] gut aufgestellt“ (Plenarprotokoll 17/89 vom 19. September 2019, S. 5914)?
4. Wie viele Absolventinnen und Absolventen für die Pflegeberufe werden gegenüber den aktuellen Zahlen gebraucht, um eine bedarfsgerechte Pflegeversorgung sicherzustellen?

**3. Abgeordneter
Jürgen Klein (AfD)****Nitratmessstellen**

Ich frage die Landesregierung:

1. Von wie vielen Nitratmessstellen übermittelt das Land Rheinland-Pfalz die Werte an die EU-Kommission?
2. Von wie vielen Nitratmessstellen übermittelt das Land Rheinland-Pfalz die Werte an die EU-Umweltagentur?
3. In welchen Tiefen werden die Werte ermittelt?
4. Haben Bundesbehörden einen Einfluss auf die Messstellenverteilung in Rheinland-Pfalz?

**4. Abgeordnete
Steven Wink und
Cornelia Willius-Senzer
(FDP)****Investitionen in den Fernstraßenbau**

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat Mitte Januar 2020 mitgeteilt, dass im Jahr 2019 im Fernstraßenbau mehr Mittel verbaut wurden als ursprünglich vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hoch waren Summen der geplanten bzw. real verbauten Mittel für den Fernstraßenbau im Jahr 2019?
2. Aus welchen Gründen konnten mehr Mittel investiert werden als vorgesehen?
3. Konnten alle beim Landesbetrieb Mobilität im Rahmen des aktuellen Landeshaushalts geschaffenen Stellen für Ingenieurinnen und Ingenieure besetzt werden und falls ja, welche Auswirkungen hat dies auf die Planungs- und Investitionsmöglichkeiten des Verkehrsministeriums?
4. Welche Projekte konnten durch die höheren Investitionen realisiert werden?

**5. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
und Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Medizinische Soforthilfe nach einer Vergewaltigung**

Laut dem Bundeskriminalamt wurden im Jahr 2018 494 Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexueller Übergriffe in Rheinland-Pfalz erfasst. Die Dunkelziffer der Vergewaltigungen ist aber weitaus höher. Die Erfahrungen zeigen, dass sich Frauen nach einer Vergewaltigung nur selten jemandem anvertrauen oder Hilfe in Anspruch nehmen. Das Projekt der „Medizinischen Soforthilfe nach einer Vergewaltigung“ soll Frauen und Mädchen den Druck nehmen, Anzeige zu erstatten und ihnen trotzdem gute medizinische Hilfe ermöglichen. Damit Vergewaltigungsopfer, die unsicher sind, ob und wann sie eine Anzeige erstatten, später vor Gericht gute Chancen haben, wird auch eine vertrauliche Spurensicherung angeboten. Am 17. Januar 2020 fand in Trier eine Kick-Off-Veranstaltung für eine weitere Anlaufstelle „Medizinische Soforthilfe nach einer Vergewaltigung“ statt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wird das Angebot der medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung bisher in Mainz und in Worms angenommen?
2. Gibt es weitere geplante Projektstandorte in Rheinland-Pfalz?
3. Was unterscheidet das Konzept der „Medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung“ von den Angeboten in anderen Ländern, Spuren nach Vergewaltigung zu sichern?
4. Wie ist der Sachstand hinsichtlich der Ankündigung des Bundes, in die Finanzierung der vertraulichen Spurensicherung einzusteigen?

6. Abgeordnete
Thomas Barth,
Josef Dötsch,
Dr. Helmut Martin und
Michael Wagner (CDU)

Förderlotse für Kommunen zum Ausbau der Radverkehrswege

Die Bedeutung des Radverkehrs nimmt zu. Wir benötigen in Rheinland-Pfalz sichere, gut ausgebaute und bedarfsgerechte Radwege. Für diese Aufgabe stehen verschiedene Fördermöglichkeiten bereit. Den betroffenen Kommunen fehlt es jedoch häufig an Personal und Zeit, sich intensiv mit den spezifischen Regularien, Rahmenbedingungen und Programmen auseinanderzusetzen.

Als Reaktion auf eine ähnliche Situation richtete das Saarland bereits vor zwei Jahren einen Förderlotsen für Kommunen ein, damit diese das vorhandene Geld besser abrufen und nutzen können. Verkehrsexperten sowie Interessensvertreter fordern folglich auch in Rheinland-Pfalz mehr Unterstützung für die Kommunen (siehe Rhein-Zeitung, „Darum kommt das Fahrrad nur schwer voran“, 15. Januar 2019).

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Einführung eines Förderlotsen für Kommunen zum Ausbau der Radverkehrswege?
2. Plant die Landesregierung die Einführung eines solchen Förderlotsen für Kommunen zum Ausbau der Radverkehrswege auch in Rheinland-Pfalz?
3. Falls Frage 2 mit Ja beantwortet wird: Wann wird ein solcher Förderlotse eingeführt? Falls Frage 2 mit Nein beantwortet wird: Warum nicht?
4. Welche weiteren konkreten Schritte wird die Landesregierung in dieser Legislaturperiode ergreifen, um die Kommunen im Bereich Förderprogramme zu unterstützen?

7. Abgeordnete
Sven Teuber und
Jens Guth (SPD)

Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei „real“

Laut aktuellen Presseveröffentlichungen beabsichtigt die Metro AG, die Supermarktkette „real“ an eine Investoren-Gemeinschaft zu verkaufen. Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler hat für Anfang Februar 2020 die Personalvertretungen der rheinland-pfälzischen „real“-Standorte zu einem Austausch nach Mainz eingeladen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Informationen hat die Landesregierung zum beabsichtigten Verkauf von „real“?
2. Welche Bedeutung misst die Landesregierung „real“ als Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz zu?
3. Wie unterstützt die Landesregierung die Beschäftigten?

8. Abgeordnete
Dr. Sylvia Groß (AfD)

Offener Brief der Fachschaftsräte Medizin und Zahnmedizin der Universitätsmedizin Mainz

In einem offenen Brief vom 5. Januar 2020 beschwerten sich Medizin- und Zahnmedizinstudenten der Universitätsmedizin Mainz über die völlig unzulängliche finanzielle und personelle Ausstattung im Bereich der Lehre, aber auch der Forschung. Die Studenten fordern daher ausdrücklich eine ausreichende Finanzierung der Universitätsmedizin durch die Landesregierung, damit dieser skandalöse Zustand behoben werden kann.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Fachschaftsräte, dass durch die unzureichenden Mittel für die Lehre an der Universitätsmedizin eine „akute Gefährdung der zukünftigen Krankenversorgung“ droht?
2. Wie stellt sich die Landesregierung die angekündigte Erhöhung der Medizinstudienplätze in den kommenden Semestern vor, wenn laut der Fachschaftsräte, aber auch des wissenschaftlichen Vorstands der Universitätsmedizin Mainz, eine kostendeckende Finanzierung der Lehre nicht gegeben ist?
3. Bestätigt die Landesregierung die in dem offenen Brief erhobenen Vorwürfe, es gebe an der Universitätsmedizin Mainz ein Mangel sowohl an Räumlichkeiten als auch schlechte mediale und digitale Ausstattung sowie Personalmangel in den administrativen Bereichen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Befürchtungen der Fachschaftsräte, „dass es in den nächsten Jahren zu einem noch größeren Nachwuchsmangel“ an Ärzten kommen wird, da die Medizinstudenten – bedingt durch die Unterfinanzierung und dadurch drohende „interne Zulassungsbeschränkungen für überlastete Fächer“ – ihr „Studium nicht mehr in der vorgegebenen Regelstudienzeit beenden“ können?

9. Abgeordnete
Marco Weber und
Steven Wink (FDP)

Novelle der Düngeverordnung

Die geplante Novelle der Düngeverordnung ruft aktuell bundesweite Proteste hervor. Viele Landwirtinnen und Landwirte sind mit Blick auf die geplante Verschärfung der Verordnung verunsichert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wird sich die rheinland-pfälzische Landesregierung im Bundesrat positionieren?
2. Welche praxistauglichen Alternativen sieht die rheinland-pfälzische Landesregierung zur pauschalen 20-prozentigen Dünge Kürzung in roten Gebieten?
3. Welche Auswirkungen hätte die Umsetzung der 20-prozentigen Dünge Kürzung auf Rheinland-Pfalz?
4. Wie viel Hektar Anbaufläche sind in Rheinland-Pfalz von den diskutierten Verschärfungen betroffen?

10. Abgeordnete
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rechtsmotivierte Gewalttaten: Fallzahlen bei der Beratungsstelle „m*power“

In den letzten Jahren wurde ein stetiger Anstieg politisch rechts motivierter Gewalttaten (u. a. rassistisch, antisemitisch oder nationalistisch motivierte Angriffe) in Deutschland verzeichnet. Dadurch sind sowohl die Grundrechte der Opfer wie auch die freiheitlich demokratische Grundordnung in unserer Gesellschaft besonders gefährdet. Für die Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gewalt und die Unterstützung der Betroffenen ist es wichtig, weitere genauere Erkenntnisse zu gewinnen. Die Beratungsstelle „m*power – Mobile Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz“ bietet Menschen, die von rechter Gewalt und Diskriminierung betroffenen sind, einen sicheren Raum, in dem sie sich über das Erlebte austauschen können. Zu dem Angebot gehören persönliche Beratung, Begleitung zu Polizei oder Gericht, psychologische Hilfestellung, Anwältinnen und Anwälte und Dolmetscherinnen und Dolmetscher.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt wurden in den Jahren 2018 und 2019 von „m*power“ beraten (pro Jahr)?
2. Opfer welcher Formen von Gewalt und Bedrohungen wurden seit 2018 von m*power beraten?
3. Wie ordnet die Landesregierung diesen Anstieg im Kontext des gesellschaftlichen Klimas (Bsp. Rechter Hass und Hetze im Netz) ein?
4. Welche anderen Unterstützungs- und Beratungsangebote gibt es seitens der Landesregierung für Betroffene von rechtem Hass und Hetze?

11. Abgeordneter
Dr. Helmut Martin (CDU)

Vorbereitungen auf das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG)

Der Fachkräftemangel stellt für rund 60 Prozent der rheinland-pfälzischen Unternehmen das größte Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung dar (Quelle: IHK Bericht „Fachkräftesicherung für Rheinland-Pfalz 2019“). Für die Leistungsfähigkeit des Standortes Rheinland-Pfalz ist eine erfolgreiche Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte somit essentiell.

Am 1. März 2020 tritt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) der Bundesregierung in Kraft. Ziel des Gesetzes ist eine gesteigerte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten, vor allem Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie Personen mit qualifizierter Berufsausbildung. Damit die darin enthaltenen Möglichkeiten zur Fachkräftenwerbung konsequent genutzt werden können, bedarf es effizienter Verwaltungsstrukturen in den Bundesländern.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Vorbereitungen trifft die Landesregierung hinsichtlich des Inkrafttretens des FEG am 1. März 2020?
2. Ist eine zentrale Anlaufstelle, die alle Fragen und Anträge zum FEG nach einheitlichen Standards für ganz Rheinland-Pfalz bearbeitet, geplant? Falls ja, warum; falls nein, warum nicht?
3. Welche Behörde der Landesregierung koordiniert die in Frage 1 und 2 genannten Maßnahmen und wie ist deren aktueller Stand?
4. Wie steht Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern in Bezug auf die in Frage 1 und 2 genannten Maßnahmen?

12. Abgeordnete**Bettina Brück und
Giorgina Kazungu-Haß
(SPD)****KMK-Präsidentschaft von Rheinland-Pfalz**

Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig hat am 16. Januar 2020 offiziell die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) für das Jahr 2020 übernommen. Das Motto der diesjährigen KMK-Präsidentschaft ist „Europa (er)leben und gestalten!“ und fällt zusammen mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche inhaltlichen Ziele und Schwerpunkte verfolgt Rheinland-Pfalz während der KMK-Präsidentschaft?
2. Welche Maßnahmen und Überlegungen stehen hinter dem diesjährigen Motto „Europa (er)leben und gestalten!“?
3. Welche Ziele verfolgt die KMK mit der Einrichtung eines gemeinsamen Bildungsrates?

13. Abgeordneter**Joachim Paul (AfD)****Deutsch als Zweitsprache an der Bertha-von-Suttner Realschule plus in Betzdorf**

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchem Grund wurden die Wochenstunden für Deutsch als Zweitsprache an der Bertha-von-Suttner Realschule plus in Betzdorf von 20 (Schuljahr 2017/2018) auf zwölf (Schuljahr 2018/2019) reduziert?
2. Wie viele Wochenstunden für Deutsch als Zweitsprache stehen im Schuljahr 2019/2020 zur Verfügung?
3. Erhalten im Schuljahr 2019/2020 alle Schüler, die über nicht ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, Unterricht in Deutsch als Zweitsprache, oder ist der Unterricht begrenzt auf bestimmte Schüler (zum Beispiel weniger als ein Jahr in Deutschland)?
4. Wie hoch ist der Anteil fachfremden Unterrichts bei Deutsch als Zweitsprache im Schuljahr 2019/2020?

14. Abgeordnete**Anke Beilstein und
Guido Ernst (CDU)****Abruf der Mittel aus dem Digitalpakt**

Wie der Tagesspiegel in seiner Ausgabe vom 23. Januar 2020 berichtet, hat Rheinland-Pfalz erst 25 000 Euro der Mittel aus dem Digitalpakt von insgesamt mehr als 240 Mio. Euro abgerufen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Lehrkräften für den adäquaten Einsatz der Mittel aus dem Digitalpakt plant die Landesregierung für die kommenden zwölf Monate?
2. Welche Schulungsmaßnahmen und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte sind geplant?
3. Welche Unterstützung gibt es vonseiten des Landes für die Schulträger bei der Einreichung von Anträgen zur Abrufung von Geldern aus dem Digitalpakt in den kommenden zwölf Monaten?

**15. Abgeordneter
Gordon Schnieder (CDU)****Verzicht auf Rechtsmittel im Pensionsstreit der Stadt Koblenz gegen das Land Rheinland-Pfalz**

Im Dezember 2019 urteilte das Verwaltungsgericht Koblenz im Streit um Pensionszahlungen an die Stadt Koblenz durch das Land zugunsten der Klägerin, der Stadt Koblenz. Demnach muss das Land Rheinland-Pfalz eine Abfindung von mehr als 700 000 Euro an die Stadt Koblenz zahlen – für Pensionszahlungen an den früheren Koblenzer Oberbürgermeister. Bereits 2012 beanstandete der Rechnungshof, dass der Stadt Koblenz ein finanzieller Schaden in gleicher Höhe entstehen könnte. Die Stadt forderte den Betrag vom Land zurück. Die Forderung wurde vom Land zurückgewiesen, es kam zum Rechtsstreit, in dem die Stadt Koblenz nun Recht bekam.

Im Januar 2020 wurde nun bekannt, dass das Land Rheinland-Pfalz keine Rechtsmittel mehr gegen das Urteil eingelegt hat.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wer entschied, dass gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz keine Rechtsmittel eingelegt werden?
2. Wie begründet das Land Rheinland-Pfalz seine Entscheidung?
3. Welche Rückschlüsse zieht die Landesregierung aus dem Urteil hinsichtlich ihrer bisherigen Rechtsauffassung und welche Folgen ergeben sich für ähnliche Fälle in der Zukunft?
4. Wie hoch beläuft sich der finanzielle Gesamtschaden für das Land Rheinland-Pfalz aus sämtlichen Arbeitsrechts- und beamtenrechtlichen Streitigkeiten innerhalb der letzten fünf Jahre?

**16. Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Waldklimaprämie**

Wie bereits aus der Plenardebatte zum aktuellen Waldzustandsbericht 2019 (Drucksache 17/10733) vom 12. Dezember 2019 dargestellt, ist eine nachhaltige und langfristige Lösung zur Finanzierung unserer von der Klimaerhitzung bedrohten Wälder gemeinsam zu finden. Durch die enormen Schäden, dem damit verbundenen Arbeitsaufwand und aufgrund des eingebrochenen Holzmarktes stehen die Forstbetriebe in Rheinland-Pfalz vor enormen Herausforderungen. Darüber hinaus ist die ökologische Leistungsfähigkeit unserer Wälder gefährdet, wenn keine nachhaltige Finanzierung gewährleistet werden kann. In diesem Zusammenhang wurde die Neuauflage des Waldklimafonds der Bundesregierung genannt und gefordert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Vor welchen essentiellen Herausforderungen stehen unsere Wälder bzw. unsere Forstbetriebe (private, kommunale und landeseigene) in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Maßnahmen werden voraussichtlich, nach Kenntnisstand der Landesregierung, in den nächsten Jahren zum Schutz und Erhalt unserer Wälder umgesetzt werden müssen?
3. Wie kann, nach Vorstellungen der Landesregierung, ein klimaresistenter, naturnaher Mischwald in Rheinland-Pfalz finanziert werden?
4. Welche ökologischen Kriterien und Konzepte sollten, nach Ansicht der Landesregierung, an eine öffentliche Finanzierung gekoppelt werden?